



Stellungnahme der Gewerkschaften ÖTV und DAG zum Personalhaushalt 1999

Vorbemerkung

Wie in den vergangenen zurückliegenden Jahren war es auch in diesem Jahr äußerst schwierig, die im Haushaltsentwurf 1999 enthaltenen Zahlen zu prüfen, zu bewerten und Vorschläge zur Korrektur vorzulegen.

Gründe:

Zum einen werden die ressortbezogenen Einzelpläne nach wie vor vielen Hauptpersonalvertretungen vorenthalten und zum anderen kam in 1998 die Reduzierung der Ministerien von 11 auf 8 erschwerend hinzu. Die hierfür notwendigen Ergänzungen der neu zugeschnittenen Ressorts bezogen auf den Haushaltsentwurf sind z.B. dem HPR Inneres und Justiz erst in der Woche vom 12. - 18. Oktober 98 zugeleitet worden.

ÖTV und DAG haben keine diesbezüglichen Unterlagen erhalten. Der Umgang mit den Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen spricht für das tatsächliche Interesse an einer vertrauensvollen Zusammenarbeit.

ÖTV und DAG teilen die Sorge des Ministerpräsidenten und des Finanzministers unseres Landes über die Lage der öffentlichen Finanzen, die das Ergebnis einer falschen Finanzpolitik der nun abgewählten Bundesregierung ist.

Wir haben wiederholt auf das überproportionale Ansteigen des Steueraufkommens aus abhängiger Beschäftigung und der dramatischen Senkung der Steuern aus Unternehmertätigkeiten sowie der teilweise explosionsartig gewachsenen Unternehmergewinne hingewiesen.

ÖTV und DAG haben seit 3 Jahren die fehlenden Rücklagen für die Pensionslasten, die steigenden Lasten aus Zinszahlungen, die seit Jahren aufgehäuften Schulden und die nicht nachvollziehbare steuerliche Schonung großer Vermögen im Rahmen der Anhörungen angeprangert.

Im Zusammenhang mit der Tätigkeit von externen Gutachtern, die Wirtschaftlichkeitsreserven in der Landesverwaltung aufspüren und aktivieren sollen, haben ÖTV und DAG auch in diesem Jahr Hinweise, daß deren Zahlen Ausgangspunkt für fehlerhafte Personalbedarfsberechnungen und somit Grundlage für Kabinettsvorlagen wurden.

ÖTV und DAG erinnern daran, daß das Land NRW in den letzten Jahren über 30 Millionen DM für externe Beratung gezahlt hat. Offensichtlich ist die Managementleistung in den Führungsetagen der Ministerien des Landes NRW nicht gewährleistet, obwohl sich der Anteil der Stellen im Bereich der B-Besoldung vom Proporz her am stärksten entwickelt hat. ÖTV und DAG fragen den Unterausschuß "Personal":

1. Welchen Stellenwert haben die Empfehlungen der privaten Unternehmensberater?
2. Wie hoch ist ihr tatsächlicher Anteil, im Verhältnis zu den Anregungen die von den Beschäftigten zur Modernisierung der Landesverwaltung vorgeschlagen worden sind?

ÖTV und DAG sind der Auffassung, daß das Mediengetöse in den letzten Tagen, die Politik der Symbole nicht darüber hinwegtäuschen, daß große Teile der Landesverwaltung versuchen, Tag für Tag engagiert ihre Aufgaben zu erledigen. Zusätzlich werden im großen Umfang freiwillig und fortlaufend neue Aufgaben übernommen. Es wird von den Beschäftigten viel Zeit aufgebracht, um die vielen Unzulänglichkeiten, die insbesondere durch die Aktivitäten der Unternehmensberater in der Landesverwaltung entstehen, mit persönlichen Engagement auszubügeln.

Gleiches gilt für die nicht nachvollziehbare Zusammenlegung der Ministerien (11 auf 8).

Für ÖTV und DAG verdeutlichen die Zuschnitte der neuen Ministerien, daß nicht Erfahrung, Zweckmäßigkeit und solides erledigen von Aufgaben im Vordergrund standen, sondern parteipolitische, taktische und machtpolitische Überlegungen die Paten waren. Die finanziellen Vorteile der Reduzierung sind nicht durchgerechnet. Mühsam in den letzten Jahren aufgebaute Vernetzungen auf der Basis von Informations- und Kommunikationstechniken sind zum Teil wirkungslos und entwertet worden. Investitionen in dreistelligen Millionenbeträgen wurden ad absurdum geführt. Dies ist um so verwerflicher, da die Investition für die I + K-Techniken durch die Personaleinsparungen der letzten Jahren erwirtschaftet worden sind. Die zusätzlichen Belastungen für den Landeshaushalt sind derzeit kaum zu beziffern, sie zeigen sich in ihrer Wirkung wohl erst Mitte 1999.

Alleine der Umzug und die Umrüstung des Bürokomplexes "Neue Staatskanzlei" sind eine Haushalts- und finanzpolitische Denksportaufgabe für sich.

ÖTV und DAG hoffen, daß die erforderlichen zusätzlichen Mittel nicht über weitere kw-Vermerke finanziert werden.

Wir erwarten von der Landesregierung, daß sie endlich ihre Schularbeiten macht. Beschreibung der Aufgaben und Aufgabenkritik bilden die Kernaufgaben der Landesregierung und lassen sich nicht an externe Unternehmensberater bzw. an einen "Arbeitsstab Aufgabenkritik" delegieren.

Ergänzend zu den Aussagen des DGB-Landesbezirkes stellen die Gewerkschaften ÖTV und DAG nachstehende Forderungen an den Unterausschuß "Personal" des Haushalts- und Finanzausschusses:

Ausbildung in der Landesverwaltung -

ÖTV und DAG stellen fest, daß im Berufsberatungsjahr 97/98, das am 30.09.1998 endete, 146.170 Jugendliche nach einem Ausbildungsplatz nachgefragt haben. Dies ist eine Steigerung von rd. 4,2 % gegenüber dem Vorjahr.

Nach den Berechnungen des LDS NRW wird sich im Jahre 1999 diese Zahl noch weiter erhöhen, da die Zahl der SchulabgängerInnen deutlich ansteigen wird.

Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Ausbildungsstellen ist im Berichtszeitraum - wenn auch nur geringfügig - rückläufig. Das Angebot sank um 340 Stellen (= 0,3%).

Für diesen Rückgang ist - bei allen Verschiebungen innerhalb der Wirtschaftsbereiche - nach Auffassung von ÖTV und DAG - ausschließlich die Landesverwaltung selber verantwortlich. Beide Gewerkschaften haben die Reduzierung der Ausbildungsplanstellen bereits für den Haushalt 97 und 98 kritisiert (1998 ./ 369 Stellen). Nunmehr beabsichtigt die Landesregierung erneut eine Kürzung der Ausbildungskapazität in Höhe von 516 Stellen. Innerhalb von 2 Jahren hat die Landesregierung somit 885 Ausbildungsplanstellen in der Landesverwaltung NW gestrichen.

Kürzungen sind ebenfalls für BeamtenanwärterInnen vorgesehen.

Wir erinnern den Landtag an die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vom 17.06.1998, in der u.a. zum Thema Jugendarbeitslosigkeit folgendes ausgeführt wird:

"Es ist meine feste Überzeugung, daß es unsere wichtigste Aufgabe ist, allen ausbildungswilligen und - fähigen Jugendlichen eine Ausbildung zu ermöglichen. Wir brauchen in NRW in den kommenden Jahren zuallererst deutlich mehr betriebliche Ausbildungsplätze."

ÖTV und DAG fragen den Unterausschuß Personal: Wie ist diese Aussage mit den Ausbildungsplatzkürzungen in Einklang zu bringen?

Die Bemühungen des Ministerpräsidenten, ein ausreichendes Angebot von Azubi-Stellen innerhalb der Privatwirtschaft bereitzustellen, werden hiermit sabotiert, wenn bekannt wird, daß innerhalb von 2 Jahren rd. 10% der Ausbildungsplatzkapazität im unmittelbaren Einflußbereich der Landesregierung abgebaut wird.

ÖTV und DAG fordern den Unterausschuß Personal und den Landtag auf, die geplanten Kürzungen rückgängig zu machen und alle Anstrengungen zu unternehmen, die angebotenen Ausbildungsstellen auch zu besetzen!

ÖTV und DAG bedauern, daß innerhalb der Landesverwaltung keine Bemühungen erkennbar sind, in den verwaltungsspezifischen Ausbildungsberufen (z.B. Verwaltungsfachangestellter/Fachangestellte für Bürokommunikation) Doppelqualifikationen zu vermitteln. Die von uns bereits 1997 eingeforderte Reform der klassischen Verwaltungsberufe steht nach wie vor aus. Die Ausgebildeten haben somit außerhalb des ÖD kaum eine Beschäftigungsperspektive. Viele Kommunen in NRW praktizieren mittlerweile einen anderen Weg.

Übernahme der Auszubildenden

Schon in den letzten Jahren war die unbefristete Übernahme der Auszubildenden mehr Ausnahme als Regel.

ÖTV und DAG erinnern an die hierzu in den 3 letzten Jahren immer wieder gemachten Aussagen im Rahmen der Anhörungen.

Die in der Einbringungsrede des Finanzministers von NRW enthaltenen Ankündigungen werden bei den im nächsten Jahr zur Prüfung anstehenden Auszubildenden eher Panik als Ruhe hervorrufen, weil die Chance einen unbefristeten Arbeitsvertrag zu erhalten, fast aussichtslos erscheint.

- Z.B.: a) Sollen die Ausnahmen bei der Stellenbesetzungssperre wegfallen.
b) Ist vorgesehen die Ansätze bei den Mitteln für Aushilfskräfte zu kürzen.

So wird nach Auffassung von ÖTV und DAG über die Haushalts- und Wirtschaftsführung die Möglichkeit einer befristeten Weiterbeschäftigung der ausgebildeten Jugendlichen immer weiter eingeschränkt.

ÖTV und DAG halten diese Maßnahmen der Landesregierung für fatal, denn die Vermittlungschancen auf dem Arbeitsmarkt sind bekanntlich größer, wenn Auszubildende nach ihrer Ausbildung eine Chance hatten, Berufserfahrung zu sammeln. Wir akzeptieren nicht, daß Azubis nur weiterbeschäftigt werden, wenn ältere ArbeitnehmerInnen den Altersteilzeitvertrag in Anspruch nehmen.

Beispiel Finanzverwaltung

1. Wegfall des Ausweises von kw-Vermerken

Die im Entwurf ausgewiesenen kw-Vermerke sind nach unserer Auffassung rückgängig zu machen.

Sie werden mit den Ergebnissen von Organisationsuntersuchungen begründet, die vielfach schon länger zurückliegen und die aktuelle Entwicklung der Arbeitslage nicht mehr zutreffend berücksichtigen.

Als Stichworte sind hier nur genannt:

- Einführung eines neuen Konkursrechts ab dem 1.1.1999 mit der Folge einer - auch seitens der Verwaltung eingeräumten - zusätzlichen Arbeitsbelastung in den Finanzämtern. ÖTV und DAG schätzen, daß hierdurch mindestens 200 bis 300 Arbeitskräfte benötigt werden.
- Einführung des Euro zum 1.1.2000 mit noch nicht absehbarer Mehrarbeit.
- Notwendigkeit der weiteren Verstärkung im Bereich der Außenprüfungsdienste.
- Erhöhter Schulungs- und Fortbildungsbedarf durch ständige Steuerrechtsänderungen (Steuerreform).

Die Realisierung der noch im Entwurf ausgewiesenen insgesamt ca. 1700 kw-Vermerke in den nächsten Jahren im Kapitel 12050 würde die Steuerverwaltung an den Rand des Zusammenbruchs führen und eine auch nur in Ansätzen an Recht und Gesetz orientierte Arbeit der Finanzämter nicht mehr ermöglichen.

2. Erhöhung der Einstellungsermächtigungen für Finanz- und Steueranwärter

Die Zahl der Einstellungsermächtigungen wird seit Jahren kontinuierlich abgesenkt. ÖTV und DAG halten dies aus zweierlei Gründen für einen Schritt in die falsche Richtung:

- Zum einen vermindert sich dadurch, daß zukünftig die Personalabgänge weit höher sind als die Personalzuführungen, die Anzahl der Arbeitskräfte in den Finanzämtern.

Eine solche Personalreduzierung ist jedoch nach unserer Auffassung nicht gerechtfertigt. Darüber hinaus ist angesichts der immer noch besorgniserregenden Lage auf dem Lehrstellenmarkt dieses auch politisch nicht verantwortbar.

Die Steuerverwaltung ist aufgrund ihrer hervorragenden Infrastruktur (Fachhochschule für Finanzen, Landesfinanzschule) in der Lage, jungen Menschen eine qualifizierte Ausbildung anzubieten.

Das Ausschöpfen dieser Ressourcen wäre ebenfalls ein Beweis, daß sich der Arbeitgeber (Land NRW) an der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit aktiv beteiligt und vorbildhaft im eigenen Verantwortungsbereich Maßnahmen einleitet.

ÖTV und DAG fordern, um die Steuerverwaltung funktionsfähig zu halten und um einen aktiven Beitrag für die Jugendarbeitslosigkeit zu leisten, die Einstellung von

600 FinanzanwärternInnen
300 SteueranwärterInnen.

3. Qualifizierung von Angestellten

ÖTV und DAG mahnen seit Jahren für die Angestellten in der Steuerverwaltung, die vom Einsatz neuer Techniken und den damit verbundenen Wegfall von Arbeitsplätzen besonders betroffen sind, ein in sich geschlossenes Fort- und Weiterbildungskonzept an.

Wir müssen auch 1999 feststellen, daß ein solches Konzept immer noch nicht vorliegt. Wir haben es als ein ermutigendes Zeichen angesehen, daß sowohl in 1997 als auch in 1998 jeweils 25 Angestellten die Möglichkeit eingeräumt wurde, an der Ausbildung für den mittleren Dienst teilzunehmen.

Für 1999 vermissen wir im Entwurf des Haushalts eine Fortsetzung dieser Maßnahme. Wir erwarten daher, daß auch 1999 mindestens 25 AngestelltenInnen die Möglichkeit geboten wird, eine solche Ausbildung zu absolvieren.

Darüber hinaus fordern wir, daß nunmehr kurzfristig für den Angestelltenbereich ein Fort- und Weiterbildungskonzept erstellt wird und die entsprechenden Sach- und Personalmittel in den Haushalt eingebezogen werden.

Arbeitsschutzverwaltung

Die auf der Grundlage des Fachkonzeptes von Februar 1994 durchgeführte Neuordnung und Organisation der staatlichen Ämter für Arbeitsschutz befinden sich noch nicht im arbeitsfähigem Zustand.

Die Aufgabenreduzierung ist in dem vorgesehen Umfang immer noch nicht erfüllt, wohl aber weitere Aufgaben hinzugekommen. Zu den zusätzlichen neuen Aufgaben (Privatisierung von Bahn und Post) sind weitere Aufgaben durch das Arbeitsschutzgesetz übertragen worden. Es geht hier insbesondere um die Beratungspflicht und die Zuständigkeit, für die bisher nicht der Gewerbeordnung unterliegenden Branchen sowie für den öffentlichen Dienst. Eine vernünftige Berechnung des Personalmehrbedarfs steht nach wie vor noch aus.

Nach Auffassung von ÖTV und DAG sind zusätzliche SystemverwalterInnen, AnwendungsbetreuerInnen erforderlich. Im Zusammenhang mit dem Haushaltsentwurf 1999 möchten wir nochmals auf die schlechte Beförderungssituation im mittleren technischen Dienst der Arbeitsschutzverwaltung, (Staatliche Ämter für Arbeitsschutz) hinweisen. Seit 1992 hat es in diesem Geschäftsbereich im mittleren, technischen Dienst keine Einstellungen mehr gegeben. Es gab zwar in dem Geschäftsbereich Aufstiegsverfahren (vom mittleren in den gehobenen technischen Dienst).

Diese Aufsteiger nahmen jedoch ihre Stellen mit, so daß es zu keiner Verbesserung der Beförderungssituation im mittleren Dienst gekommen ist. Die Beförderungssituation hat sich 1998 zu 1999 dramatisch verschlechtert. Gleiches gilt auch für die staatliche Umweltschutzverwaltung (Staatl. Ämter für Umweltschutz). So gibt es im Umweltbereich für 1998 in ganz Nordrhein-Westfalen nur eine Beförderungsstelle von A VII Gewerbeobersekretär nach A VIII Gewerbehauptsekretär. In der Arbeitsschutzverwaltung ist 1980 ein Kollege zum Gewerbehauptsekretär befördert worden und wartet trotz Bestbeurteilung (ÖD) seit dem auf seine Ernennung zum Gewerbeamtsinspektor.

ÖTV und DAG fordern Sie auf, für diesen begrenzten Personenkreis umgehend zu handeln. Die beabsichtigten Stellenplanreduzierungen in der Arbeitsschutz- und Umweltverwaltung werden von ÖTV und DAG unter Berücksichtigung der heutigen Lage am Arbeitsmarkt als realitätsfern bezeichnet. Außerdem fehlt zu diesen Kürzungen die entsprechende Reduzierung der Aufgaben. Es fand bis heute keine wirkliche Aufgabenkritik mit entsprechenden Schlußfolgerungen statt.

Zwei Beispiele hierzu aus dem Bereich des Umweltministeriums:

1. Die Umweltverwaltung hat trotz ständig wachsender Anforderungen aus Politik und Bevölkerung auch im Haushaltsjahr 1999 pauschale Kürzungen hinnehmen müssen. Diese seit 1993 vorgenommenen Kürzungen von jährlich 1 % summieren sich unerträglich auf. Selbst die Amtsleitungen der staatlichen Umweltämter haben bereits schriftlich im laufenden Haushaltsjahr auf das zunehmende Vollzugsdefizit der Aufgabenwahrnehmung hingewiesen.

ÖTV und DAG werten dies als einen Akt der "Notwehr".

2. Die Chemischen Landesuntersuchungsämter und die Staatlichen Veterinäruntersuchungsämter sind den gleichen Schwierigkeiten ausgesetzt, nur haben die Amtsleitungen ihren Unmut dort noch nicht so deutlich gegenüber den politisch Verantwortlichen geäußert.

Die Lage im Geschäftsbereich des Umweltministeriums ist dadurch gekennzeichnet, daß hier ca. 60 % der kw-Vermerke erfüllt sind. Eine absolut kritische Situation ist mittlerweile für

die Einhaltung des Umweltschutzes, Verbraucherschutzes schlechthin der Daseinsvorsorge, für die Bevölkerung entstanden. Das Wort Bürgerfreundlichkeit/Bürgernähe wird durch die Kürzungen des Personalhaushaltes zunehmend ausgehöhlt.

Weiterbildung

ÖTV und DAG sehen mit Sorge, daß beabsichtigt ist, durch das Haushaltssicherungsgesetz beim Titel 427 eine Kürzung um ca. 50% = 6,27 Mill. DM vorzunehmen. Diese Mittel werden üblicherweise für die Finanzierung von Personal für Sonderaufgaben und für die Deckung von Honorarkosten bei Fortbildungseinrichtungen des Ministers für Inneres und Justiz NRW genutzt.

ÖTV und DAG sehen durch diese Kürzungen die Existenz der Fortbildungsakademie in Herne und der Fachhochschule in Gelsenkirchen massiv in Frage gestellt bzw. die Fort- und Weiterbildung des Personals stark gefährdet. Wenn die Kürzung um 50% der Mittel auch dazu führt, daß die Honorare für Referenten ebenfalls um 50 % gekürzt werden, kann man sich unschwer vorstellen, daß es kaum noch gelingen wird, qualifizierte ReferentenInnen zu verpflichten. Ein Vergleich der dort gezahlten Honorare mit den Honoraren, die sogenannte private Berater von der Landesverwaltung kassieren, zeigt, wie ungleich durch eine falsche Haushalts- und Finanzpolitik die Klagen geschmiedet werden.

Mit besonderer Sorge sehen wir, daß die Erfüllung der kw-Vermerke durch Organisationsuntersuchungen in diesem Bereich fast ausschließlich im ArbeitnehmerInnenbereich vorgenommen wird.

So sind die Laufbahngruppen der BeamtInnen wegen der negativen Auswirkungen auf die Stellenschlüsselungen von der Erfüllung der kw-Vermerke ausgeschlossen (siehe z.B. Kapitel 03610 LDS).

Beispiel:

Bereich MSWWF

Umsetzung Arbeitszeitgesetz/Überstundenproblematik in den Hochschulkliniken

ÖTV und DAG stellen fest, daß die finanziellen und personellen Mittel für die Umsetzung des Arbeitszeitgesetzes (Ruhezeit nach Bereitschaftsdiensten) nicht im benötigten Umfang im Haushalt 99 berücksichtigt worden sind, dies gilt auch für die Überstundenproblematik. Zum letzteren haben ÖTV und DAG bereits 1997 Stellung bezogen (siehe Überstunden Justizvollzug NRW).

Eine repräsentative Umfrage des Marburger Bundes im Bereich der Hochschulkliniken des Landes untermauert unsere vorgetragenen Thesen und Schlußfolgerungen einer fehlerhaften Personalpolitik auch in diesem Bereich der Landesverwaltung.

Bei 45,88 Prozent der Beschäftigten werden die nach dem ArbZG vorgeschriebenen Ruhezeiten nach einem Bereitschaftsdienst nicht eingehalten.

In den Hochschulkliniken werden im Schnitt 12,67 Stunden Mehrarbeit pro Woche geleistet, wobei hiervon 16,49 Std. weder finanziell noch durch Freizeit abgegolten werden (sog.

"Graue Überstunden")

ÖTV und DAG fordern: "Sorgen Sie als Parlamentarier/Innen dafür, daß diese Mißstände behoben werden. Die gesetzlichen Bestimmungen und das Tarifrecht müssen auch in der Landesverwaltung eingehalten werden".

Bernd Vallentin
Leiter des Verbindungsbüro
ÖTV Bezirke I und II

Helmut Schneider
Abteilungsleiter ÖD
DAG-Landesverband NRW